

Der humanistische Zionismus

Von Rolf Verleger

Im September hat die Führung der Palästinenser die Vereinten Nationen um die Anerkennung eines eigenständigen Staates in den Grenzen von 1967 ersucht. Dadurch rücken auch wieder die Ereignisse ins Blickfeld, die schließlich im Jahr 1947 dazu führten, dass die UNO die Teilung des britischen „Mandatsgebiets“ Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Teil beschloss und Ben-Gurion dementsprechend die Unabhängigkeit des hebräischen Staats Israel verkündete. Mit dieser Gründung Israels hatte die zionistische Bewegung ein wesentliches politisches Ziel erreicht. Tatsächlich war aber das Ziel eines jüdischen Staates im Judentum und innerhalb der zionistischen Bewegung heftig umstritten. Die damaligen Debatten haben Auswirkungen bis heute – auch auf die bundesdeutsche Politik.

Zionismus, entstanden im Zarenreich des 19. Jahrhunderts, verfolgte das Ziel, dem in Europa vielfach diskriminierten und verfolgten Judentum durch die Gründung eines eigenen Staates zu Selbstbestimmung, „Normalität“ und moderner Kultur zu verhelfen.

Der Name „Zionismus“ sollte die Kontinuität zur jüdischen Tradition ausdrücken: Die alte religiöse Sehnsucht nach Gottes Rückkehr zum Berg Zion in Jerusalem sollte durch diese Bewegung ihre Erfüllung finden. Dessen ungeachtet verstand sich die große Mehrheit der Zionisten damals als unreligiös oder sogar anti-religiös und als modernisierendes Element innerhalb des Judentums. Denn die traditionelle jüdische Kultur und Mentalität traf bei vielen Zionisten auf Verachtung. So wandten sie sich gegen die jiddische Sprache, die sie als „Jargon“ und Sklavensprache der Diaspora ansahen, und belebten stattdessen das Hebräisch der heiligen Bücher zu einer im Alltag gesprochenen Sprache wieder – gegen den heftigen Widerstand religiöser Juden.

Als Anti-Zionisten kann man solche Leute bezeichnen, die diese Bewegung ablehnen. Viele Juden taten dies – aus ganz unterschiedlichen Gründen. So argumentierten religiöse traditionelle Juden – so wie die meisten aus der Familie meines Vaters –, das Judentum sei mitnichten eine politische Bewegung eines „Volkes“, sondern vielmehr eine Religion, deren Gebote und Verbote zu befolgen sind: Die Zionisten profanierten eine spirituelle Frage; Emanzipation und Selbstbestimmung lägen allein in Gottes Hand.

Die damals moderner Kultur offener gegenüberstehenden Juden – so wie die meisten aus der Familie meiner Mutter – wandten hingegen ein, das Judentum sei eine Religion wie jede andere auch. Man könne nicht loyaler Bürger zweier Staaten sein. Emanzipation sei daher individuell im Rah-

men des jeweiligen Staates zu erreichen, in dem man als Bürger lebe. Diese Ansicht war nicht auf „assimilierte“ deutsche Juden beschränkt. Ihr individuelles Glück zu suchen war offensichtlich auch das Lebensmotto der Hunderttausenden Juden aus dem Zarenreich, die sich auf die Auswandererschiffe nach Übersee zwängten.

Ähnlich, aber weniger individualistisch, argumentierten jüdische Sozialisten, vor allem im „Bund“ („Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland“), dass die Emanzipation der Juden im jeweils eigenen Land erfolgen müsse – als nationale Gruppe mit einer eigenen Kultur und der eigenen gesprochenen Sprache, dem Jiddischen. (Der Bund wurde nach der Oktoberrevolution von den herrschenden Bolschewisten als „rechtsabweichende“ Sozialdemokratie zerschlagen.) Andere jüdische Sozialisten sahen die Herkunft als weniger wichtig an: Die Unterdrückung der Juden sollte als ein „Nebenwiderspruch“ durch eine Gesellschaft freier und gleicher Menschen automatisch beendet werden. Für eine solche Lösung arbeiteten beispielsweise Karl Marx, Ferdinand Lassalle, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Leo Trotzki, Lasar Kaganowitsch, Lew Kamenew, Ernest Mandel, Bruno Kreisky und viele andere.

In meinen Augen sind alle diese Ansichten – Religiosität, Zionismus, individuelle Emanzipation, Emanzipation als Gruppe, Emanzipation der ganzen Welt – richtig und falsch zugleich. Jede dieser Ansichten habe ich geteilt, jeder dieser Ansichten habe ich widersprochen und beides tue ich immer noch. Irgendeine dieser Ansichten in eine Schublade namens „Anti-Zionismus“ zu stecken, ist nur möglich, wenn man die Welt in Schwarz und Weiß, Gut und Böse, Freund und Feind einteilt – kurzum: wenn man nur bis zwei zählen kann.

Strömungen im Zionismus

Zionismus hat das Ziel, den Juden durch einen eigenen Staat zu Selbstbestimmung, „Normalität“, eigener Kultur und Sprache zu verhelfen. Die Geschichte des Zionismus ist eine Geschichte der Auseinandersetzung über dieses Ziel. Es mag überraschen: Leute, die den Jüdischen Staat als Ziel ablehnten, bildeten Führung und Rückgrat der Zionistischen Bewegung.

Dieser Konflikt wurde auch in Berlin ausgetragen. Ein Hinweis darauf befindet sich nicht weit vom Bahnhof Zoologischer Garten, in der mit schönen Berliner Gründerzeithäusern bebauten Meinekestraße, quer zum Kurfürstendamm. Das Haus mit der Nummer 10 gehörte seit 1925 der „Jüdischen Rundschau“, dem Zentralorgan der Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Die Gedenktafel am Haus weist darauf hin, dass diese Vereinigung rund 50 000 Menschen zur Auswanderung verhalf. Die meisten dieser Menschen werden wohl nach Palästina gegangen sein, in die „Jüdische Heimstätte“ unter britischer Herrschaft.

Chefredakteur der „Jüdischen Rundschau“ war von 1919 bis 1938 Robert Weltsch. Er emigrierte 1938 nach Palästina, lebte und arbeitete nach dem Krieg in England und starb 1982 in Israel. Interessant ist, was dieser über-

zeugte Zionist Weltsch vom jüdischen Staat hielt. Er lehnte ihn ab! In seinem Essay von 1951 „A Tragedy of Leadership“¹ schildert er, dass dies 1917-1948 die entscheidende Streitfrage in der zionistischen Bewegung war, und insbesondere zwischen großen Teilen der Bewegung und ihrem Führer, Chaim Weizmann.

Bei diesen Auseinandersetzungen zwischen der Führung und der aktiven Mitgliedschaft der zionistischen Bewegung ging es um das Verhältnis zwischen den nach Palästina einwandernden Juden und den dort ansässigen Arabern. Weltsch referiert über Weizmanns Autobiographie:² „Bereits 1919 beunruhigte ihn die Frage, die ihn nach seinen Worten den Rest seines Lebens beschäftigen würde, nämlich: Warum mussten wir von Anfang an Feindschaft, oder bestenfalls frostige Neutralität, der britischen Vertreter vor Ort [im britischen Mandatsgebiet Palästina, d.A.] erleben? [...] Warum war es eine fast universelle Regel, dass Verwaltungsbeamte, die bei ihrer Ankunft uns günstig zugeneigt waren, sich nach wenigen Monaten gegen uns stellten?“³ Weltsch kommentiert: „Die Antwort ist relativ einfach. Die Offiziellen vor Ort glaubten – zu Recht oder Unrecht – dass es das zionistische Ziel war, die Araber ihres Landes zu berauben oder sie zu dominieren, und sie lehnten den Gedanken ab, dass eine Minderheit eine Mehrheit dominieren sollte.“

Weizmann und die anderen offiziellen Vertreter der zionistischen Bewegung betonten immer wieder, „dass die Juden nicht nach Palästina kämen, um die Araber zu dominieren; und sie erklärten feierlichst zu vielen Anlässen, dass kein Araber aus dem Land vertrieben werden sollte“. „Weizmanns Formel in den Jahren des scharfen Konflikts in der Folge des arabischen Aufstands von 1929 war [...], dass ‚die Juden nicht dominieren wollen und nicht dominiert werden wollen‘. Praktisch, wenn nicht sogar wörtlich, bedeutete dies [...] [das] Programm eines bi-nationalen Staats, wo beide Gemeinschaften gleiche Rechte und innere Autonomie haben würden.“

Dies war bis 1942 die offizielle zionistische Position, unterstützt insbesondere von den Aktivisten des „Friedensbundes“ (Brit Schalom) um Martin Buber, dem auch Weltsch angehörte. Tatsächlich teilten viele Zionisten diesen Standpunkt nicht aus vollem Herzen – ohne dies jedoch laut auszusprechen. Dafür bedurfte es des mutigen und begabten Ultra-Nationalisten Wladimir Se’ev Jabotinsky, der das aussprach, was andere nicht zu denken wagten: „Nur Jabotinsky sagte offen schon auf dem Kongress von 1921, dass Palästina nicht mit dem Einverständnis der Araber zu besiedeln sei und dass Amerika eine Wildnis geblieben wäre, wenn die weiße Besiedlung vom Einverständnis der Indianer abhängig gewesen wäre.“ Tatsächlich war dies so sensationell nicht. Die vom US-Präsidenten Wilson 1919 eingesetzte King-Crane-Kommission zu Palästina hatte klipp und klar erklärt, dass das Ziel eines jüdischen Staats nur mit massiver Gewalt gegen die ansässige Bevölkerung zu erreichen sei – sie schätzte, dafür sei eine Truppenstärke von 50 000 Mann erforder-

1 Robert Weltsch, A Tragedy of Leadership, in: Jewish Social Studies, Bd. 13 (3), Juli 1951, alle folgenden Zitate ohne Beleg hieraus.

2 Die Übersetzung dieser und der folgenden Zitate stammt vom Autor.

3 Chaim Weizmann, Memoiren – Das Werden des Staats Israel. Horovitz Publishing Company, London 1951.

derlich –, und hatte deswegen davon abgeraten, das zionistische Projekt zu unterstützen. Jedoch wollte sich die Mehrheit der zionistischen Bewegung 1921 nicht mit solchen unangenehmen grundsätzlichen Fragen befassen. Vielmehr zeigte sich der Zionistenkongress über diesen Vergleich entsetzt: „Niemand akzeptierte Jabotinskys Argumentation, dass das ganze Unternehmen letztlich militärisch sein würde.“ Innerhalb der zionistischen Bewegung wurden Wladimir Jabotinsky und seine Anhänger fortan als „Revisionisten“ titulierte.

Die Frage nach dem Umgang mit den Arabern wurde dann allerdings doch von dem ansonsten stets diplomatisch auftretenden Weizmann zur Entscheidung gebracht, und zwar in Berlin: „Die Sache kulminierte auf dem schicksalhaften Treffen des zionistischen Generalrats in Berlin im August 1930 [...] Weizmann, provoziert durch die Tiraden der Revisionisten, erklärte unverblümt, dass die Umwandlung Palästinas in einen Jüdischen Staat [...] unmöglich sei, da wir die Araber nicht vertreiben könnten und wollten. [...] Die Araber, sagte er, seien ‚so gute Zionisten wie wir‘: auch sie liebten ihr Land und könnten nicht überredet werden, es jemand anderem zu überlassen. [...] Weizmanns Rede in Berlin wirkte als Bombe, obwohl diese Dinge schon lange debattiert worden waren. Niemals zuvor war dieser Aufruf zum Realismus mit solcher Autorität und so klar formuliert worden; es gab kein logisches Argument dagegen [...] [Trotzdem] protestierten die meisten Diskussionsteilnehmer sofort gegen Weizmanns Worte.“ Vermutlich speiste sich dieser Protest aus der gleichen Quelle wie das Unbehagen über den radikalen Jabotinsky im Jahr 1921: Man wünschte sich nicht mit dem unangenehmen moralischen Dilemma auseinanderzusetzen, dass die Zionisten – in ihrem Selbstverständnis die emanzipatorische Vorhut eines diskriminierten Volkes – ihre Ziele am besten mit aggressiver Landnahme und Vertreibung eines anderen Volkes durchsetzen könnten.

Weltsch schildert dann die Ereignisse, die 1931 zur Abwahl Weizmanns führten. (Weizmann selbst schweigt sich in seiner Autobiographie dazu weitgehend aus): „Am Vorabend des 17. Kongresses in Basel 1931 gab Weizmann der Jüdischen Telegraphen-Agentur (JTA) ein Interview, in dem er sich offen gegen die Idee wandte, einen Jüdischen Staat als das Ziel des Zionismus zu proklamieren. Laut JTA sagte er, ‚die Welt wird diese Forderung nur in eine Richtung deuten: dass wir eine Mehrheit erlangen wollen, um die Araber zu vertreiben.‘ Das Interview löste einen Sturm der Entrüstung aus, und ein Misstrauensantrag wurde gestellt. Kurioserweise waren die zionistischen Parteien auf zweifache und widersprüchliche Weise schockiert. Zum einen lehnten sie Weizmanns Implikation ab; zum anderen sprachen sie sich jedoch zugleich strikt gegen jede Politik aus, die Restriktionen gleich welcher Art beinhalten würde, die eine Vertreibung der Araber von vornerein ausgeschlossen hätte.“

Die Argumentation des ehrlichen Ultra-Nationalisten Jabotinsky erschien den meisten zionistischen Aktivisten zu Recht als zu radikal, und so wurde Weizmann vier Jahre später, 1935, wieder zum Vorsitzenden gewählt. Jabotinskys Programm aber wurde vom Vorsitzenden der jüdischen Vertretungskörperschaft im britischen Mandatsgebiet Palästina durchgeführt – auch

wenn dieser der gemäßigten sozialdemokratischen Mehrheitslinie angehörte: „Nun tauchte ein neuer Gegner aus den Reihen der Partei auf“, so Weltsch, „die immer Weizmanns loyalster Unterstützer war, in der Person von Herrn David Ben-Gurion, der offen Weizmann während des Krieges 1939-1945 und auf dem Kongress 1946 bekämpfte und der seine eigene politische Agenda und den sogenannten ‚Aktivismus‘ organisierte, [...] den Dr. Weizmann niemals guthieß. Bereits 1940 hatte Weizmann praktisch allen Einfluss auf das Geschehen in Palästina verloren und wurde über die Ereignisse nicht einmal mehr informiert.“ Als Chaim Weizmann 1944 nach Palästina zurückkehrte, musste er erkennen, dass sich die nationalistische Bewegung von seinem humanistischen Zionismus weit entfernt hatte.

Weltsch kommt zu dem bitteren Schluss: „Die Wahrheit war, dass ein Kapitel zionistischer Geschichte zu Ende war. Neue Kräfte waren an die Oberfläche gekommen, und alle außer einer kleinen Gruppe von Old-Timern waren überzeugt, dass eine neue Zeit – das barbarische Post-Hitler-Zeitalter des 20. Jahrhunderts – neue Methoden benötigte, sehr verschieden von dem, was Dr. Weizmann und seine Freunde befürwortet hatten.“ Was Robert Weltsch resigniert als „Old-Timer“ bezeichnete, waren meiner Meinung nach die besten Köpfe des Judentums innerhalb der zionistischen Bewegung, zu denen Chaim Weizmann, sein Mentor Ascher Ginsberg (Achad ha'Am), Martin Buber und Hannah Arendt zählten. Später gehörten unter anderen Mosche Scharett, Nachum Goldmann und Uri Avnery dazu. Ihre Zahl war nicht gering, aber sie bildeten fortwährend die Minderheit.

Diese Minderheit hatte das Pech, den agilen David Ben-Gurion als Gegner zu haben. Ben-Gurion war seit 1935 als Gegenspieler Weizmanns aufgetreten. Er hatte Jabotinskys gewalttätiges Programm übernommen und bereitete bereits 1938 die Pläne zur Vertreibung und Enteignung der Araber vor, die er dann ab 1947 umsetzte.⁴ In der von ihm verfassten Unabhängigkeitserklärung proklamierte Ben-Gurion einen demokratischen Rechtsstaat mit gleichen Rechten für jedermann – tatsächlich aber beraubten die Zionisten unter seiner Führung die arabischen Vertriebenen ihres Besitzes, verhinderten gewaltsam deren Rückkehr und stellten die Verbliebenen obendrein unter Militärrecht.

Die Rolle der jungen Bundesrepublik

Das dessen ungeachtet in der Bundesrepublik Straßen nach David Ben-Gurion benannt werden, hat viel mit den deutschen Befindlichkeiten nach der befreienden Niederlage im Jahr 1945 zu tun.

Konrad Adenauer erkannte bereits früh, dass die Bundesrepublik nur wieder einen festen Platz in der Weltgemeinschaft erhält, wenn sie sich an die Seite der USA stellt. Voraussetzung für diese Westenbindung war die Unterstützung des Staats Israel. Im Jahr 1952 unterzeichnet die Bundesrepublik daher das Luxemburger Abkommen, das als „Wiedergutmachungsleistung“

4 Vgl. Ilan Pappé, Die ethnische Säuberung Palästinas, Frankfurt a.M. 2007.

die Lieferung von Waren im Wert von drei Mrd. DM an Israel vorsah. Die prozionistische Politik Adenauers hatte allerdings wenig mit moralischen und politischen Lehren der Nazizeit zu tun. So machte Adenauer den antisemitischen Bürokraten Hans Globke zu seinem wichtigsten Mitarbeiter – und ließ Kritik an dieser Personalentscheidung weitgehend an sich abperlen.

Pro-Zionismus und Nonchalance gegenüber Antisemitismus gingen aber nicht nur bei Adenauer trefflich zusammen, sondern haben einen gewissen Zusammenhang. Denn wenn heutzutage neonazistische Gruppierungen „Ausländer raus“ fordern, dann bedeutet das „Raus aus Deutschland, ‚zurück‘ in die Türkei, in den Irak, nach Albanien“ etc. Wäre es noch modern, offen „Juden raus“ zu fordern, dann hieße das: „Raus aus Deutschland, ‚zurück‘ nach Palästina!“ Das ist das Wesen von Fremdenhass: Die „Fremden“ sollen aus „unserem“ Land in „ihre Heimat“ verschwinden. Genau so war es in den ersten Jahren der Nazi-Herrschaft, als Hitler die jüdischen Deutschen aus dem Land vertreiben wollte: Zynische Sympathie für den Zionismus war die logische Kehrseite des Antisemitismus. Dies änderte sich bei den Nazis erst 1939, als sich Hitler im totalen Krieg mit dem Weltjudentum wähnte. Nun ging es nicht mehr um die Reinhaltung des deutschen Volkskörpers durch Verdrängung der Juden, sondern um einen Kampf auf Leben und Tod: Juden mussten vernichtet werden, wo immer man sie antraf. Auch in Palästina hatten sie kein Lebensrecht, sonst würden sie Deutschland vernichten. Hitler weitete seinen Fremdenhass gegen Juden von seinem Deutschland auf sein Europa aus und auf die ganze Welt, denn die Welt sollte ihm gehören: Entweder seinem Deutschland oder dem Weltjudentum, so sah er das. Mit Gegnerschaft speziell gegen das zionistische Projekt hatte dieser Verfolgungswahn nichts zu tun.

Wie sollten sich Deutsche in den 60er Jahren gegenüber dem atemberaubenden Adenauerschen Pragmatismus verhalten, wenn sie sich an moralischen Leitlinien orientieren wollten? Alles erschien richtiger als Adenauers kalte Distanzierung und kühle Berechnung: Aktion Sühnezeichen versuchte die echte Wiedergutmachung der Sünden der Eltern gegenüber Judentum und Israel auf einer persönlichen Ebene. Teile der Linken und insbesondere die in den 70er Jahren einflussreiche ML-Bewegung verbanden den Zorn gegen die von ihnen erlebte Kontinuität der „Ewig-Gestrigen“ von der Nazizeit bis zur Gegenwart mit der bedingungslosen Solidarität für die vom „Westen“ Unterdrückten von heute. Das waren die nationalen oder sozialistischen Bewegungen nicht nur in Vietnam, Südafrika, Kambodscha, Zimbabwe, Guinea-Bissau, Angola, Mosambik, El Salvador, Nikaragua, Guatemala, Chile, Kurdistan, Nordirland, Portugal, Baskenland, sondern auch in Palästina. Diese Solidarität war gespeist von dem richtigen Gefühl, dass ein radikaler Bruch mit der Nazi-Vergangenheit nötig war – erst recht, wenn weiterhin große Teile der bundesdeutschen Politiker, besonders aus der CDU/CSU, mit Schlächtern wie Franco oder Pinochet oder dem südafrikanischen Apartheids-Regime zusammenarbeiteten.

Die Kehrseite dieser Solidarität besteht darin, dass die deutschen Linken der 70er Jahre diejenigen Teile der Realität verleugneten, die dieser politischen Haltung im Wege standen. Am drastischsten geschah dies in Bezug

auf Kambodscha. Auch der Autor dieser Zeilen hielt die Berichte über den Massenmord des Pol-Pot-Regimes an seinen kambodschanischen Bürgern zunächst für imperialistische Gräuelpropaganda.

Über Kambodscha redet heute keiner mehr. Alles vergessen. Das waren ja unsere eigenen Verrücktheiten. Viel bequemer ist es, sich mit der Einsicht in die Verirrungen der Eltern- und Großelterngeneration zu schmücken. So haben nun alle, 66 Jahre nach den deutschen Verbrechen an den Juden Europas und 59 Jahre, nachdem Adenauer es kaltschnäuzig vorgemacht hat, die „richtige Linie“ entdeckt: Solidarität mit Israel gilt als „deutsche Staatsräson“ und sich gegen das Existenzrecht Israels auszusprechen, ist antisemitisch: „Antizionismus ist Antisemitismus“. Kurzum: Man hüllt sich ein in einen Kokon wohlfeiler Betroffenheit und glaubt so, man müsse nicht mehr gegen das Unrecht der Gegenwart vorgehen – auch und gerade dann nicht, wenn dieses von Israel ausgeht.

Streben nach Ausgleich und Frieden ist nicht Antisemitismus

Es gab und gibt eine Menge guter Gründe gegen das Projekt eines „jüdischen Staates“. Weder historisch noch logisch hat die Gegnerschaft gegen dieses Projekt etwas mit Antisemitismus zu tun. Vielmehr sind beide Einstellungen voneinander unabhängig. Das zeigen auf der einen Seite die Diskussionen innerhalb der zionistischen Bewegung. Aus den Reihen der Zionisten sprach sich für dieses Ziel eindeutig Jabotinsky aus, unentschieden zeigte sich hingegen die zionistische Mehrheitslinie, der unter anderen Chaim Weizmann, Mosche Scharet und Nahum Goldmann angehörten. Klar gegen einen jüdischen Staat sprachen sich Martin Buber und Hannah Arendt aus.

Zum anderen zeigen das die neutralen oder variablen Einstellungen gegenüber Juden derjenigen Politiker, die den jüdischen Staat massiv unterstützten. Zu ihnen gehörten beispielsweise, wie oben dargestellt, Konrad Adenauer, oder auch Josef Stalin, der mit Waffenlieferungen aus der sowjetisch besetzten Tschechoslowakei für Israels Sieg im Unabhängigkeitskrieg 1948 sorgte. Und selbst glühende Antisemiten konnten die Ziele der zionistischen Bewegung tolerieren, wie das Beispiel Adolf Hitlers vor 1939 zeigt.

Dass dessen ungeachtet heute hierzulande ausgerechnet die Einstellung des Ultra-Nationalisten Jabotinsky als politisch korrekt gilt – und weniger die Positionen der Repräsentanten des klassischen deutsch-jüdischen Geisteslebens wie Martin Buber und Hannah Arendt – erscheint befremdlich.

Der Staat Israel wird sich in Frieden nur halten können, wenn er den Ausgleich mit der nichtjüdischen Bevölkerung im Staat sucht, den Status eines ethnokratischen Besatzerstaats aufgibt und stattdessen nach Frieden in seiner Nachbarschaft strebt. Grundvoraussetzung für diesen politischen Wandel ist, dass die israelische Politik an Weizmanns humanistische Version des Zionismus anknüpft – und damit das mit der Staatsgründung 1948 verbundene Unrecht der Vertreibung und Enteignung als solches benennt und die Palästinenser um Verzeihung bittet.